

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Seitengebühren und in allen Städten erhältlich

**Wählt Liste 5!**  
Neuer, allseitig, schmutz

**Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale**  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche

Zeitungspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmöndlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: 'Arbeiterstimme', Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14194 / Postfachnummer Dresden Nr. 11555, Emil Schlegel-Schillingstr. Dresden-L. Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtnachricht: 'Arbeiterstimme' Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 2-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang **Mittwoch, den 27. Oktober 1926** Nummer 240

## Schlagt den Bürgerblock!

Schluß mit der Reaktion und ihren Lakaien - Werbt für die Liste 5 - Wählt Kommunisten

### Die Wahlfront der Arbeiterfeinde

Dresden, den 27. Oktober 1926

Je näher die Stimmzeitelentscheidung des 31. Oktober heranrückt, um so lebendiger wird es im Lager der Arbeiterfeinde. Das Bürgertum bringt die letzten Reserven in Stellung. Die Wahlfront in Sachsen um die bürgerliche Mehrheit im Landtag ist mit aller Heftigkeit entstanden. In diesem Kampfe um die Mehrheit im Parlament, das eins der Instrumente bürgerlicher Klassenherrschaft ist, verfügt das Bürgertum über die günstigsten Kampfbedingungen und nutzt sie infolge der besonderen Bedeutung der Sachverhalte im vollsten Maße aus. Nichts ist wohl besser geeignet, den Arbeitern das wahre Wesen bürgerlicher Demokratie zu enthüllen, als das „freie, gleiche und geheime Wahlrecht“, das der besitzenden Klasse mit ihrer ökonomischen und politischen Vormachtstellung die schärfste Anwendung aller Mittel und Methoden gestattet, um das Wahlergebnis zu fälschen und dabei den Schein der Demokratie zu wahren.

Unter der gemeinsamen Parole: „Nie wieder Sowjetrußland“ über deren Vaterherrschaft sich die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen noch streiten, wird der Kampf gegen die Arbeiter geführt. Die Bedeutung des Wahlkampfes in Sachsen hat das Bürgertum im vollen Maße begriffen. Es weiß, daß die Abstimmung am kommenden Sonntag über die grün-weißen Grenzpfähle hinaus gemündigt wird. Deshalb soll kein Mittel unversucht und geübt werden, um aus der Wahlurne die bürgerliche Mehrheit erziehen zu lassen. Finanziert wird dieser Kampf von den Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie, die heute schon der jüdischen Politik ihren Stempel aufdrückt - die Geldgeber des Bürgerblocks sind die Schwarzweber des Verbandes Sächsischer Industrieller, die 1923 zum Siege ihrer Profitinteressen die Reichswehrverfassung gegen die jüdischen Arbeiter forderten und die ihnen ihre parlamentarische Kandidatur, Herr Stritzmann, mit Zustimmung des Parteivorstandes der SPD bereitwillig anbot. Die Herren lassen sich etwas kosten. Die Rechtungen sollen die Arbeiter bezahlen bei erhöhter Ausstattung und Anreiz bei nach der Rationalisierung ihrer Betriebe. Der Verlust des Wahlkampfes, die Flut von Flugblättern, Druckchriften, Plakaten und sonstiger Wahlpropaganda, mit denen die Bürgerfront ihren Angriff gegen die Arbeiter vorträgt, läßt darauf schließen, daß der Wahlkampf in den letzten Tagen alles bisher Dagewesene übertrifft wird. Die gemeinsame Front aller Reaktionskräfte gegen die Kommunisten. Das Schredgespenst, mit dem die letzten Spieglern Entsetzen eingejagt und womit der Vorstoß ins Lager der Reaktion getrieben werden soll, das sind die Sowjets, die als Ausdruck der Herrschaftsform der Arbeit in Rußland die Macht der Arbeiter und Bauern verkörpern. Der Sowjetismus mit dem Wahrgeldigen Schein und Hammer wird in Lichtbildern auf riesigen Plakaten als mannesbüchse jenen Leuten vor Augen geführt, die denen die Freizügigkeit kapitalistischer Ausbeuter und die brutale Unterdrückung des in Massenend dahinfegenden Proletariats als das Ideal einer von Gott gesendeten Gesellschaftsordnung erscheint. In der blutigen Schlacht und gemeintem Kommunismus übertrifft sich im Wahlkampf die Bürgerfront selbst.

Was durch Bild und Schrift und sonstiger Propaganda noch nicht erreicht wurde, soll durch das Auftreten der Parteiführer erzielt werden. Die Prominenten der bürgerlichen Klasse sind angemeldet. Die Volkspartei kündigt ihren Gustav Stritzmann, die Deutschnationalen ihr heute die Fürstentochter Heide und Schiele und den bürgerlichen Junker, den Grafen Westarp an. Als Oberhauptung vom Hakenkreuz erscheinen Georg Stritzmann und Hellmuth von Müde und neben diesen Namen prangt an den Tafelstühlen in trauriger Gemeinschaft das Kopfbildnis des Führers der jüdischen Sozialfaschisten Wilhelm Buch, der mit den antisozialdemokratischen Kennzeichen dieser reaktionären Bande die Zutrittsdienste gesteuert Lakaien leistet.

Das ist die Front des Bürgerblocks, die tagtäglich ihre giftige Wahlpropaganda noch Tausenden von Klassenfeinden, den werktätigen Männern und Frauen durch die Redaktionen der bürgerlichen Presse ins Hirn träufelt. Und die SPD? Was tun die jüdischen Vinken? Ihre Front liegt gegen die Kommunisten. Sie füttert die Arbeiter mit den Wahlhülsen des Bürgerblocks und den

Schwindelmelungen der antisozialdemokratischen Lügenzentrale, schnappt gierig nach jedem Happen, um ihn mit noch größerer Gemeinheit garniert, den Arbeitern als geistige Kost vorzusetzen. Dafür das Beispiel der linken „Meißner Volkszeitung“ und der übrigen SPD-Presse, das wir an anderer Stelle bringen. Den linken sozialdemokratischen Zeitungen ist kein Schwindel zu dünn und keine Gemeinheit groß genug, um sie nicht gegen die Kommunisten zu verwenden. Ihre Hege gegen den Kongreß der Werktätigen, die erbitterte Feindschaft gegen jede außerparlamentarische Aktion, die Ablehnung gemeinsamer Demonstrationen gegen den feinen Belagerungszustand des alten Sozialdemokraten Rühr ist die beste Illustration für den „Kampf“ der Linken gegen den Block der Arbeiterfeinde. Nur keine Mobilisierung der Arbeiter! Genau wie die Rechten, steht auch für die Linken die Frage nur als eine parlamentarische Entscheidung. Ihre Verammelungsredner genieren sich nicht, den Arbeitern das Sündenkonto der SPD-Führer als die Schuld der Kommunisten vorzuhalten. Ihre einzige Sorge und ihre Aufgabe ist, die Radikalisierung der Arbeiter und ihre Orientierung zum Kommunismus aufzuhalten. Die werdende Klassenfront zu hindern. Und es braucht uns nicht verwundern, wenn ihr Kampf gegen die KPD nach allbemähten Reizen in den letzten Tagen vor der Wahl noch in verstärktem Maße fortgesetzt wird. Sie wollen die Arbeiter mit neuen illusionären Hoffnungen an die Politik des Parteivorstandes fesseln, deren Folge das starke Auftreten und die Erstarkung der Reaktion in Sachsen und im Reich ist.

Die Fronten des Wahlkampfes sind klar gezeichnet. Für die Kommunisten gilt es, unermüdet und ohne die letzten Tage müssen ausgeharrt werden um die Absichten der Arbeiterfeinde zu verhindern und die Heftigkeit und Halbscham und das ganze Doppelspiel der linkssozialdemokratischen Phrasen vor den breiten Schichten der Arbeiter aufzudecken. Es gilt, die letzten Kräfte einzusetzen, die Arbeiter gegen den Block des Bürgertums zu mobilisieren, den Handlangern der Reaktion das Handwerk zu legen. Deshalb mit allen Kräften an die Arbeit! Werbt für die Partei und für eure Presse! Agitiert für die Liste 5! Alle Stimmen den Kommunisten!

Neuer - Allseitig - Schmutz!

## Das Manifest der Bankiers

Leitartikel der „Revue“ vom 21. Oktober 1926.

In den zahllosen Rezipien und Projekten des sogenannten „wirtschaftlichen Sozialismus“ ist ein neues Dokument hinzugekommen: das am 20. Oktober veröffentlichte Manifest der Bankiers und Industriellen. Was immer ihr Inhalt gewesen wäre, es ist nunmehr allein die Namen der Unterfertigten für sich. Morgan, Rockefeller, Kuhn, Loeb u. a. gehören zu den hervorstechendsten Namen jener Finanzoligarchie, die die Welt regiert. Diese Leute sind in den Nachkriegsjahren kein einziges Mal auf dem Schauplatz erschienen, um die Minister und Diplomaten zur Seite zu drängen und unmittelbar den Völkern Europas und der ganzen Welt ihren Willen zu diktiert. Darum gewinnt ihr Auftreten besonderes Interesse.

Die Erklärung beginnt mit Klagen über jene Beschränkungen, denen der Handel dank dem Entstehen einer großen Anzahl neuer Staaten in Europa ausgesetzt ist, die sich von einander durch Zollschranken abgrenzen haben. Das Schlimme der hohen Zölle, der Zölle, der Ein- und Ausfuhrzölle erregt die Aufmerksamkeit der Bankiers. Unter dem Schutze von Zöllen wird eine einseitige Industrie geschützt, die, wie die Verfasser der Erklärung glauben, keine natürliche wirtschaftliche Grundlage besitzt. Die Vernichtung jeglicher wirtschaftlicher Schranken zwischen den einzelnen Nationen und die völlige Handelsfreiheit können nach der Meinung der Bankiers allein den Kredit und den Weltmarkenverkehr wiederherstellen.

Das ist der Inhalt der Erklärung, wenn man alle rhetorischen Schönheiten des Stiles beiseite läßt, die aus den alten Propaganden der Freihändler geflochten sind. Schon aus diesen Proklamationen ist es völlig klar, um was es sich handelt. Wenn das Manifest die Erklärung spricht, durchgeführt würde, so würde dies bedeuten, daß die kapitalistisch hochentwickelten Länder, die sich auf ihre finanzielle Stärke und auf ihre konzentrierte Industrie auf ihre finanzielle Stärke der industriell schwächeren Länder öffnen würden, wobei sie diese in Agrarländern verwandeln und deren eigene „keine natürliche wirtschaftliche Grundlage

### Enthüllungen im Fememordprozeß

Die Geheimnisse der Schwarzen Reichswehr.

Im Landberger Fememordprozeß hat der frühere Oberleutnant Schulz sensationelle Aussagen gemacht, die eine neue Page des Vertriebes Sad den Auftrag, die Minister Gehler und Sewering, sowie den Generalobersten Seede, den Generalleutnant Horn, den früheren Chef des Wehrerikostommandos 3, und den Major a. D. Buchner als Zeuge zu laden. Zu Beginn der Verhandlungen befragte das Gericht, den Auftrag auf Anordnung der Öffentlichkeit abzugeben. Schulz machte Aussagen darüber, wie im Jahre 1922 die militärischen „Arbeitskommandos“ gegen die polnische Gefahr gebildet wurden. Als die Entens Einspruch erhob, hatte Schulz die Aufgabe, nicht die Ausbildung dieser Formationen durchzuführen, sondern sie in Kärnten unterzubringen und ihnen die Waffen abzunehmen. Es war die strengste Pflicht, die Weiterziehung und die Tätigkeit dieser Formationen absolut geheim zu halten. Schulz erklärte weiterhin: „Bevor ich diese Leute aus den Wehrverbänden einzog, habe ich jedesmal das Wehrerikostommando benachrichtigt (!), dieses hat das Reichswehrministerium informiert und vom Reichswehrministerium hat der preussische Minister des Inneren jedesmal von dieser Einziehung und Verbringung der Verbände Nachricht erhalten.“

Die enge Zusammenarbeit von Sewering, Seede und Gehler - und bekanntlich Ober - im Jahre 1922 bei der Organisation der Schwarzen Reichswehr gegen den polnischen Imperialismus wird damit gerichtsnotorisch bestätigt. Nach den Aussagen Schulz wurden die Verhandlungen des Fememordprozesses vertagt. „Die Rote Fahne“ von heute morgen schreibt dazu: Dieser Prozeß mußte vertagt werden. Schulz hat zu viel gesagt. Das Verbot des sozialdemokratischen Ministers, wie Sewering, auf deren ausdrücklichen Befehl und mit deren Unterstützung die Fememordorganisation der Schwarzen Reichswehr gebildet wurde, dieses Verbot ist enthüllt. Der Verbotungsbescheid des Gerichts ist nur der Beweis, daß hier wirklich einmal der Scheiter der Republik gelistet worden ist. Eine künftige und willkürliche Justiz demütigt sich, die Befehlsgeber der Unterdrückung dieser Zustände zu verhindern. Die Arbeiterschaft weiß Bescheid.“

Wie wir erfahren, sollen einige Bemerkungen des preussischen Justizministeriums im Gange sein, um das Gericht zu einer Fortführung und schnellen Beendigung des Prozesses zu bewegen, selbst bei einem Verzicht auf die Zeugenangaben von Sewering, Gehler, Kuhn und Seede.

bestehende“ Industrie vernichtet würden. Nur anspruchsvolle Dummköpfe, oder bewusste Betrüger, wie der Berliner „Vorwärts“ und das Organ der französischen Sozialkompropheten „Peuple“, begehrten sich über die Verpötlung einer friedlichen wirtschaftlichen Vereinigung, zu der die Sozialdemokratie doch schon längst ausgesprochen habe und für die sich doch jetzt das internationale Finanzkapital einschleife.

In der Tat kann natürlich nicht davon die Rede sein, daß die europäischen Länder auf Schutzzölle verzichten. Dies bezogen schon deutlich genug jene Vorbehalte, mit denen die italienischen und französischen Kapitalisten die Erklärung versehen haben. Letztere haben sich sogar, wie es scheint, vom dem „Manifest“ ganz losgelöst indem sie erklären, daß sie an seiner Redigierung nicht teilgenommen haben. Jedenfalls können die tönenben Reaktionen über die Beilegung der Zollfragen nur einen realen Sinn haben, nämlich den einer Kritik an den durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Grenzen. Und in diesem Falle muß die Erklärung natürlich sehr große Unzufriedenheit sowohl in Frankreich, wie auch in Polen und anderen auf Lob und Tadel an der Beibehaltung des Systems von Verfalltes intersektierten Staaten hervorgerufen und hat dies auch getan.

Was die Amerikaner betrifft, so schweigen sie, die Europa so eifrig zur Vernichtung der Zollschranken auffordern, ebenso eifrig über jene Schranke mit der sie ihren Binnenmarkt gegen die europäische Konkurrenz geschützt haben. Was das ist nicht unüberlegt. Denn in diesem Falle droht selbst das unbestimmte Versprechen der herrschenden republikanischen Partei mit ernstem Schwertgefahren. Die Coolidge-Regierung läßt sich auf einen Block der industriellen amerikanischen Staaten, der ausgesprochenen Schutzhändler und Bankiers von New York, in deren Kreise schon ein Zweifel über die Politik der hohen Zölle einschleift, die die europäischen Schuldner daran hindert, Waren einzuführen und Zinsen für die Anleihen zu zahlen. Die Aufstellung

spricht morgen abend 7<sup>00</sup> im Kristallpalast, Schäferstraße und um 9 Uhr im Sächsischen Wolf in Freital für das rote Arbeiter-Sachsen!

**Ernst Thälmann**